AUSSENPOLITIK

Im Strategiestau

Die Große Koalition fiel in eine Übergangsphase der Weltpolitik, viele Fragen blieben in der Schwebe. Die nächste Regierung muss harte Entscheidungen treffen: über einen Rückzug aus Afghanistan, die Entsendung von Soldaten nach Palästina, den EU-Beitritt der Türkei – und vielleicht einen Krieg gegen Iran.

Atomare Fragen stellen in der Außenpolitik eine besondere Verlockung dar. Das Geschäft der Diplomaten ist zäh, diskret und oft ein bisschen kompliziert. Da hilft es bisweilen, über so spektakuläre Dinge wie Atombomben zu sprechen. Ein Vorstoß gegen Atombomben kommt immer gut an, Außenpolitiker können sich und ihre Ansichten etwas bekannter machen.

Joschka Fischer probierte diesen Trick des Öfteren. Als der Grüne 1998 Außenminister wurde, stellte er die Nato-Doktrin des möglichen Ersteinsatzes von Atomwaffen in Frage. Er wurde zwar von den USA und dem eigenen Kanzler gebremst, aber immerhin. 2005 dann forderte SPD-Verteidigungsminister Peter Struck den Abzug der knapp zwei Dutzend Atombomben, die die Amerikaner beim Jagdbombergeschwader 33 der Bundeswehr im Eifeldörfchen Büchel deponiert haben – unterstützt natürlich vom Kabinettskollegen Fischer.

Die Bomben aber sind immer noch da – und damit ein hübsches Symbolthema. „In der kommenden Legislaturperiode wird Deutschland endlich atomwaffenfrei“, versprach der FDP-Außenpolitiker Guido Westerwelle kürzlich; auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier unternahm in diesem Jahr einen solchen Vorstoß – doch beide holten sich eine Abfuhr ein. Kanzlerin Angela Merkel erklärte, dass sie die Lagerung der US-Atombomben richtig finde. Diese sichere Deutschlands „Einfluss im Bündnis, auch in diesem höchst sensiblen Bereich“.

Ein Nein zu Atomwaffen ist populär, doch es gibt wichtigere Fragen. Kanzler und Außenminister haben in der nächsten Legislaturperiode dringendere Aufgaben zu erledigen. Die Welt der Diplomatie wird sich in den kommenden Jahren schneller drehen. Eine lange Wartephase geht zu Ende. Die Welt sehnte den Abtritt des glücklosen US-Präsidenten George W. Bush herbei. Die EU war bald zehn Jahre lang mit dem Streit um die innere Verfassung beschäftigt.

Für die Große Koalition war diese diplomatische Großwetterlage ideal. In vielen Fragen waren SPD und Union unterschiedlicher Meinung. Sie waren ganz froh, dass sie keine Entscheidungen treffen mussten über den Beitritt der Türkei zur EU, einen Handelskrieg mit Iran oder die Entsendung von Kampftruppen in den Süden Afghanistans. Stattdessen stritt man darüber, unter welchen Bedingungen man mit Diktatoren, Kriegsherren oder dem Dalai Lama reden dürfe.

MAURICE WEISS / OSTKREUZ

Bundesaußenminister Steinmeier, Gaspipeline in der Nordtürkei, US-Präsident Obama: *Konkrete*

Im Nachhinein wirken diese Debatten ziemlich akademisch. Der neue US-Präsident Barack Obama hat inzwischen deutlich gemacht, dass es Wichtigeres zu tun gibt. Er will beim Management der gefährlichsten Brandherde der Welt Ergebnisse erzielen: Afghanistan, Iran, Nahost.

Die USA erwarten von Berlin, dass es auf Obamas Initiativen reagiert. Immerhin ist Deutschland der wichtigste europäische Verbündete. Die nächste Bundesregierung muss wohl harte Entscheidungen im internationalen Krisenmanagement treffen.

Auch für die Europäer geht eine Wartezeit zu Ende. Wenn sie nach der Ratifizierung des Reformvertrags den Blick wieder nach außen richten, sehen sie Großbaustellen in ihrer Nachbarschaft. Hier muss das bevölkerungsreichste Mitglied Deutschland das tun, was es zuletzt kaum tat: führen.

Spricht man mit außenpolitischen Experten in Berlin, entfaltet sich eine atemberaubende Tagesordnung für die nächsten Jahre. In der deutschen Außenpolitik hat sich ein Strategiestau aus vertagten Richtungsentscheidungen aufgebaut, der rasch abgebaut werden muss.

Vor allem im Krisenmanagement dürfte Berlin vor harten Entscheidungen stehen. Jahrelang verliefen die Iran-Diplomatie, der Afghanistan-Einsatz und die Begleitung des Nahostkonflikts überwiegend in den zuvor eingespurten Bahnen – mit hohem diplomatischem, militärischem sowie wirtschaftlichem Aufwand, aber ohne grundlegende Neuorientierungen.

Das könnte sich nach der Wahl rasch ändern. Im Umgang mit Iran könnte ein

Kurswechsel schon in den nächsten Wochen erfolgen. Zwar hat die neue US-Regierung versucht, Iran mit Angeboten zu Verhandlungen zu bewegen. Doch die Frist dafür läuft ab; kommende Woche gibt es vielleicht schon den letzten ernsthaften Gesprächsversuch.

Parallel dazu bereiten die USA einen neuen Katalog mit Strafmaßnahmen gegen Teheran vor, die jede Hoffnung auf einen Dialog zunichtemachen dürften. Die USA und Israel drängen auf immer massivere Sanktionen im Fall eines Scheiterns, ein Handelskrieg ist nicht mehr auszuschließen. Deutschland würde sich dann entscheiden müssen, ob es massiven Wirtschaftssanktionen wie einem Benzin-Embargo oder Einschränkungen beim Schiffs- und Flugverkehr zustimmen will. Die deutsche Wirtschaft würde das enorm ärgern.

Inzwischen hat in Israel wieder die Debatte über einen Luftschlag gegen iranische Atomanlagen begonnen. Schwer vorstellbar, dass diese Diskussion weitere vier Jahre andauert, ohne dass etwas passiert. Deutschland müsste sich nicht an einem Angriff auf Atomanlagen beteiligen, aber es müsste eine Haltung einnehmen. Im Falle eines Handelskriegs wäre Deutschland als großer Wirtschaftspartner Irans ein unverzichtbarer Akteur.

„Die Uhren laufen", sagt Volker Perthes. Bis „Ende des Jahres" müsse klar sein, „ob wir uns in einem ernsthaften Verhandlungsprozess befinden oder nicht". Der 51-Jährige ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Der Orient-Experte glaubt, dass Obama Entscheidungen vorantreiben wird – nicht nur in der Frage Irans, sondern auch im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern.

Der amerikanische Präsident will offenbar bis zum Ende seiner Amtszeit einen palästinensischen Staat gründen lassen. Das würde einen weitgehenden Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten erfordern – und eine Sicherheitsgarantie, dass das neue Palästina keine Gefahr für Israel bedeutet.

Perthes neigt nicht zu Zuspitzungen. Er hält eine rasche Lösung des Konflikts für keine ausgemachte Sache, aber für möglich – und er weiß, was die Gründung eines Palästinenserstaates bedeutet: „Dort wird sich die Frage einer Militärpräsenz stellen, nicht der Uno, sondern der Nato", sagt er. Im Klartext: Auch Nato-Partner Deutschland müsste wohl dafür sorgen, dass von Palästina keine Gefahr für Haifa, Jerusalem und Tel Aviv ausgeht.

Drängendstes Problem aber dürfte die Neubestimmung des Kurses in Afghanistan sein, sagt Perthes. Der Einsatz am Hindukusch sei zwar keine „Schicksalsfrage für die Nato", dazu sei das Bündnis zu stabil. Aber Deutschlands Verhalten könne sehr wohl zur „Schicksalsfrage für unsere Position in der Nato" werden.

Denn vor allem die USA als Führungsmacht der westlichen Militärallianz erwarten, dass auch die Verbündeten neue Anstrengungen unternehmen. Vermutlich muss Deutschland in allen Bereichen aufstocken: Polizisten, Soldaten, Entwicklungshelfer – und Geld.

Perthes rät, dass die Deutschen sich darauf vorbereiten: „Wir müssen sehr deutlich wissen, was wir wollen."

Auch die europäischen Nachbarn warten darauf, dass Deutschland sich in internationalen Fragen wieder deutlicher äußert. Derzeit sei Berlin „kein Inspirierer der europäischen Politik mehr", konstatiert SWP-Direktor Perthes. „Es wird der Moment kommen, da muss der größte Mitgliedstaat entscheiden: Wo wollen wir hin?"

Ralf Fücks hat sich Gedanken gemacht, welche Entscheidungen in der europäischen Außenpolitik anstehen. Der ehemalige Grünen-Politiker ist Co-Vorsitzender der Heinrich-Böll-Stiftung und entwirft ein Drehbuch, das in der deutschen Politik für einen Horrorfilm taugen würde.

Fücks spricht mit vielen Pausen, als ob er selbst ein bisschen erschreckte wegen der Fülle der Probleme, die er aufzählt. Die Staaten Ex-Jugoslawiens drohten ins Chaos zurückzufallen, wenn ihre Versuche zur Integration in EU und Nato aufgeschoben würden. Ehemalige Sowjetrepubliken wie Weißrussland und die Ukraine bräuchten Hilfe, um nicht unter die Fuch-

KERIM OKTEN / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

HANS PENNINK / AP

Schritte statt akademischer Debatten über Werte und Interessen

Finn Comfort
Made in Germany
QUALITÄT & KOMFORT
www.finncomfort.de
MODELL QUEENS
Der Schuh zum Wohlfühlen.
» Schonend sanft auftreten und abrollen
» Sicher und entspannt gehen und stehen
» Kreislauf und Stoffwechsel anregen
» Weiches FinnComfort-Wohlfühlbett
» Geeignet für Maßeinlagen
Fordern Sie jetzt unseren Katalog an!
Mehr als Schuhe: Schön. Bequem. Gesund.
FinnComfort · D-97433 Haßfurt/Main · www.finncomfort.de

tel Moskaus zu geraten. Die Türkei verdiene ein echtes Aufnahmeangebot in die EU. „Wir brauchen grundlegende Entscheidungen in politisch relevanter Frist, also in den nächsten paar Jahren“, sagt er.

Das gelte vor allem für die Türkei. „Wir werden mit der Türkei keine strategische Allianz schließen können, wenn wir ihr nicht wirklich das Tor zum EU-Beitritt öffnen“, sagt Fücks. So lange würden die Türken eine „Schaukelpolitik“ betreiben und eigene Beziehungen zu Staaten wie Russland oder Iran pflegen.

Dabei brauche die EU Ankara, um ihre Position gegenüber Russland zu stärken, zum Beispiel bei der Energieversorgung. Die EU will über die „Nabucco“-Pipeline Gas aus Zentralasien und dem Nahen Osten durch die Türkei nach Europa holen. Die Russen versuchen das zu durchkreuzen, indem sie Ankaras Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan Gegenangebote im Energiesektor machen.

Doch die EU will im Grunde keine neuen Mitglieder, die Erweiterungspolitik liegt auf Eis. Die Verhandlungen über den türkischen Beitritt, die 2005 begannen, sind zur Farce geworden: 13 der 35 Verhandlungskapitel dürfen nicht einmal geöffnet werden. Das liegt auch an Berlin, das sich seit Jahren nicht mehr positioniert. SPD und Union hatten das Thema einfach ausgeklammert, weil sie unterschiedlicher Meinung waren. Die nächste Regierung muss sich entscheiden, ob sie so weitermachen kann, ohne Projekte wie „Nabucco“ zu gefährden.

Ähnliches gilt für den Balkan. Die EU hält die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien auf Distanz. Kroatien wird die Aufnahme in die EU verwehrt, weil Slowenien wegen eines Grenzdisputs mit Zagreb Veto einlegt. Mazedoniens Eintritt in die Nato wird ebenso verhindert, weil Griechenland das wegen eines Namensstreits blockiert. Die Protektorate Kosovo und Bosnien, in denen EU und Nato etwa 15 000 Soldaten stationiert haben, machen wenig Fortschritte. US-Diplomaten klagen bereits, der Westbalkan könne „abdriften“, wenn Europa nicht bald aufwache.

Fücks hat ein einfaches Rezept, um diese Gefahr abzuwehren: die Förderung des EU-Beitritts. Schon die Aussicht auf die Aufnahme sei in den Kandidatenländern Motor für Reformen. Weil diese Aussicht verschwimme, drohe der Rückfall ins Chaos. „Die EU muss klären, ob sie die Erweiterungspolitik auf die lange Bank schiebt zugunsten der inneren Stabilität“, sagt er. „Das hätte bittere Konsequenzen.“

Fücks und Perthes beschreiben Entscheidungen, die nicht symbolisch sind und auch nicht populär. Sie verlangen eine klare Interessenanalyse und die Bereitschaft, politisches Kapital einzusetzen.

Eberhard Sandschneider, 54, Leiter des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, geht noch einen Schritt weiter. „Die deutsche Außenpolitik muss nach der Wahl mehrere heilige Kühe schlachten“, sagt er.

Die Welt, die Sandschneider beschreibt, ist kein angenehmer Ort. Eine Reform der Vereinten Nationen hält er für illusorisch, die Schaffung einer neuen Weltregierung der G-20-Gruppe für einen schönen Traum: „Künftig werden nur noch Bündnisse auf Zeit in wechselnden Formationen geschlossen“, sagt Sandschneider. An den Gedanken sollten sich Deutsche und Europäer schon mal gewöhnen, damit ihnen im Konzert der Mächtigen – neben Amerikanern, Russen, Chinesen und Indern – nicht die Puste ausgehe.

FOTO POLLEX / ACTION PRESS

Premier Erdogan, Kanzlerin Merkel: *Strategische Allianz?*

In der Welt, die Sandschneider sieht, hat der Schutz der Menschenrechte „als außenpolitische Maxime ausgedient“. Interessen würden über Werte dominieren; anders könne der Westen mit aufstrebenden Großmächten wie China keine gemeinsame Basis finden.

Sandschneider glaubt, dass die deutsche Außenpolitik sich die Welt schönredet. Der Konflikt um das iranische Atomprogramm sei dafür ein Beispiel. Seit Jahren kämpfe der Westen gegen dieses Programm – dabei wüssten die meisten Kenner: „Iran wird ein Nuklearstaat werden, ohne dass der Westen das verhindern kann.“

Keine Bundesregierung wird sich mit Begeisterung auf den Weg begeben, den Sandschneider beschreibt: die eigenen Grundannahmen radikal zu hinterfragen.

Vielleicht wäre es aber auch für eine neue Regierung verlockender, den Aufbruch in der Außenpolitik anders zu kommunizieren. In Büchel in der Eifel sind knapp zwei Dutzend Atombomben eingelagert. Wäre es nicht eine tolle Abrüstungsinitiative, die nach Amtsantritt aus Deutschland fortzuschaffen?

Ralf Beste